

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

6. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Richterverein und Republik.

Justizdebatte im Landtag. — Genosse Kuttner über den Fall Großmann.

Der Preussische Landtag begann die Fortsetzung der dritten Etatberatung mit der Besprechung der Justizverwaltung.

Hg. Kuttner (Soz.)

verweist auf den Beschluß des Preussischen Richtervereins in Sachen des Senatspräsidenten Großmann. Dieser Fall sei im Prinzip offenbar um zu beweisen, daß der Richter zur Republik innerlich nicht feindlich eingestellt sein dürfe...

treter des Justizministeriums hatten bestätigt, daß gegen diesen und noch unzählig viel andere Einzelfälle der Preussische Richterverein nichts unternommen hat. Über gegen den Republikaner Großmann zeigte sich dieser Verein von einer mimenhaften Empfindlichkeit. Das ist ein ganz einseitiges Vorgehen, das jedenfalls nicht geeignet ist, dem Ansehen der deutschen Richter Stabilität zu verschaffen.

Der in die gleiche Affäre verwickelte ehemalige völkische Abgeordnete Ahlemann habe übrigens dem Femeunterforschungsausschuss mitgeteilt, er weigere sich, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen, da ja seine Sache Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung sei.

Abbau in der Sozialversicherung.

Änderungen in der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung.

Von August Karsten.

Die letzten bescheidenen Rentenerhöhungen in der Invalidenversicherung erfolgten auf Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Sommer 1925. Diese Erhöhungen von 4 M. monatlich entsprachen nicht unseren Forderungen; wir mußten uns jedoch mit diesem Teilerfolg zunächst begnügen.

Das Reichsarbeitsministerium legte diese Berechnung erst kurz vor der Vertagung des Reichstages vor. Zuvor hatte das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf im sozialen Ausschuss verteilen lassen, der aus dem sozialdemokratischen Antrage die Erhöhung des Kindergeldes auf 7,50 M. monatlich für alle Rentempfänger herausnahm.

Der Gesetzentwurf wurde von der Regierung und den Regierungsparteien damit begründet, daß die Erhöhung des Kindergeldes mehr als 20 Millionen Mark im Jahre erfordere; diese Kosten müßten wieder eingespart werden...

Das Gesetz gibt jetzt einheitlich Kindergeld für Rentempfänger aus der Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Unfallversicherung (letzte nur bei 50 Proz. Erwerbsbehinderung) für Kinder bis zum 15. Lebensjahre.

Als Kinder gelten jetzt: 1. die ehelichen Kinder; 2. die für ehelich erklärten Kinder; 3. die an Kindes Statt angenommenen Kinder; 4. die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist; 5. die unehelichen Kinder einer Versicherten; 6. die Stiefkinder und Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles von dem Versicherten unentgeltlich unterhalten worden sind.

Für Stiefkinder und Enkel wird die Kinderzulage nur gewährt, solange sie von dem Versicherten unentgeltlich unterhalten werden. Die Bestimmung gilt entsprechend auch für die Waisenrenten.

Eine Verbesserung ist die jetzige Bestimmung für die Unfallversicherung. Die Berufsgenossenschaften wollten für Kinder, die in Schulausbildung stehen, Kinderzulage über das 15. Lebensjahr hinaus nicht gewähren.

Diese keine Verbesserung, die für die Unfallversicherung eingetreten ist, wird aber doppelt wettgemacht durch die Verschlechterung, die die Bestimmung für die Angestellten- und Invalidenversicherung bedeutet. In diesen Versicherungen hatten wir bis jetzt das Kindergeld für Kinder bis zum 18. Lebensjahre.

Im Jahre 1922 gelang es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, jene Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung zu beseitigen, die den gleichzeitigen Bezug von Invaliden-

Luther in der Reichsbahn.

Amlich wird gemeldet: Die Reichsregierung hat am 5. dieses Monats beschlossen, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn zu ernennen.

Der Name des früheren Reichskanzlers war nach dem Ableben Defers im Zusammenhang mit der Neubesezung der Stelle des Generaldirektors genannt worden. Allgemein hat man angenommen, daß die sehr schnelle Wahl des Dr. Dorpmüller zum Nachfolger Defers u. a. auch den Zweck haben sollte, einer Kandidatur Luthers von vornherein einen Kiesel vorzuschoben.

Im übrigen tritt Luther als Nachfolger des verstorbenen Kommerzienrats Arnhold in den Verwaltungsrat ein. Arnhold galt als preussischer Vertreter. In seiner letzten Etatsrede hat Ministerpräsident Braun darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung immer noch nicht die preussischen Ansprüche bei der Besetzung des Verwaltungsrates berücksichtigt habe.

Cailloux' Taktik.

Er trennt die Finanz- von der allgemeinen Politik.

Paris, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die für heute nachmittag angeordnete große Finanzdebatte soll mit einer Rede Cailloux' eröffnet werden. Er wird darin ein Exposé über die finanziellen Schwierigkeiten und ihre Entstehung abgeben, ebenso wie über die Mittel, die nach seiner Ansicht notwendig sind, um die Schwierigkeiten zu beheben.

Lardieus. Man sieht aber nicht gut ein, auf welchem Terrain der reaktionäre Lardieu das Finanzeposé Cailloux' wird noch überreifen können, der sich dem von reaktionären Maßnahmen strotzenden Expertenbericht anschließt.

Englische Eisenbahnerkonferenz.

Angriffe auf die Regierung und auf J. S. Thomas.

London, 6. Juli. (CP.) In der heute in Wymouth eröffneten Jahreskonferenz der nationalen Eisenbahner-Union Großbritannien forderte zu Beginn ein Mitglied den Ausschluß derjenigen Pressevertreter, deren Zeitungsverleger nicht ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder beschäftigen.

Der Vorsitzende Dobbys griff in seiner Eröffnungsrede die Regierung, die die Öffentlichkeit irreführe, und vor allem Baldwin heftig an. Zur Bergbaufrage erklärte er, die Regierung habe den Grubenbesitzern nur deshalb Unterstützung gewährt, um Zeit zur Vorbereitung des Kampfes zu gewinnen.

Die Rotstands Vollmachten verlängert.

London, 6. Juli. (WLB.) Das Unterhaus debattierte in einer Nachtigung über den Antrag des Staatssekretärs des Innern, die Rotstands Vollmachten zu verlängern.

iden- und Unfallrenten behinderten. Jetzt ist diese Bestimmung zum guten Teile wieder eingeführt und darüber hinaus sind weitere Rentenkürzungsbestimmungen eingeführt worden. Der Grundbetrag der Invaliden- und Angefalltenrenten wird jetzt, wenn die Invalidität Folge eines entschuldigenden Unfalls ist, um den Prozentsatz gekürzt, den der Rentenempfänger durch Unfall erwerbsbeschränkt ist. Weiter wird jetzt aber bestimmt, daß die Renten insgesamt nicht mehr als den früheren Lohn betragen dürfen. Die Renten einer Witwe dürfen nicht mehr als 50 Proz. des Lohnes des Mannes betragen, die Waisenrente darf nicht über 20 Proz. des Lohnes hinausgehen. Kinder eines durch Unfall Getöteten erhalten aus der Unfallversicherung 20 Proz. des Lohnes des Vaters, sie können also in keinem Falle Waisenrente aus der Invalidenversicherung in Anspruch nehmen. Auch die Witwen, und gerade die erwerbsunfähigen Witwen, werden starke Rentenkürzungen erleiden, soweit sie jetzt aus der Unfall- und Invalidenversicherung Rente beziehen.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli in Kraft. Die Kürzungen des Kindergeldes treten aber erst mit Wirkung vom 1. Oktober in Kraft.

Mit diesem Gesetz haben die Regierung und die bürgerlichen Parteien verhindert, daß über die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über Erhöhungen der Bezüge aus der Invalidenversicherung noch vor den Sommerferien im Reichstage verhandelt worden ist. Neben einigen geringen Verbesserungen hat man den Invalidenrentenempfängern gleichzeitig wesentliche Verschlechterungen in den bisherigen Rentenleistungen aufgeladen. Die sozialdemokratische Fraktion hat diesem Gesetz die Zustimmung nicht gegeben. Sie fordert Ausbau der Leistungen in der Invaliden- und Angefalltenversicherung, damit die Arbeitsunfähigen leben können.

Kindliches Murrenspiel.

Vom Berliner kommunistischen Parteitag.

Monatelang haben die Berliner Kommunisten über den „Leninistischen Weg zur Revolution“ diskutiert. Der Abgott der Berliner Kommunisten, Ruth Fischer, durfte sich an dieser Diskussion nicht beteiligen. Sie ist nach Ansicht der „Roten Fahne“ nicht nur „politisch“, nicht nur organisatorisch, sondern auch moralisch bankrott. So hat der Bezirksparteitag der Berliner Kommunisten am Sonntag mit der Annahme einer Zentralkonferenz-Resolution mit 115 gegen 32 Stimmen geendet. Es geht also in Zukunft bei gedämfter Trommelklang. Das Ekki hat über den Berliner Radikalismus geseigt. In Zukunft ist nur noch der ein wirklicher Revolutionär, der bedingungslos den Moskauer Parolen folgt. Unverkümmelt kündigt die „Rote Fahne“ den Hinauswurf aller Oppositionellen an, wenn sie jetzt noch fortfahren, innerhalb der Partei für ihre abweichende Meinung zu werben.

Wenn man den neuen Kurs der Kommunisten charakterisieren will, dann kann man ihn als zielbewusstes Schwanken zwischen revolutionären Phrasen und reformistischem Verrat bezeichnen. Da die magnetische Anziehungskraft der russischen Revolution und des früher so heiß erstrebten bewaffneten Umsturzes in Deutschland erheblich geschwächt ist, pendelt die Magnetnadel der Führung hin und her. Die Parolen wechseln noch mehr als früher, Konjunkturpolitik wird noch ausgesprochener betrieben als je zuvor. Da man Masse anparieren will, versucht man gelegentlich auf demokratischen Pfaden zu wandeln und kommt den Stimmungen der Massen, soweit man sie versteht, nach Möglichkeit entgegen. Immer aber bleibt die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Daran hat sich nichts geändert, wird sich nichts ändern und kann sich nichts ändern.

Kann man keine Revolution machen, will man wenigstens die Sozialdemokratie zerstören. Die Ziellosigkeit der Bewegung ist viel auffälliger geworden als früher. Ihr einziger Nährboden bleibt die schwere Wirtschaftskrise und der nicht weichen Druck einer ungeheuren Massenarbeitslosigkeit.

Artur Rosenberg, der kindlich-reine Tor in dem kommunistischen Zirkus, hat in seiner Art über die Entwicklung in der kommunistischen Partei in der Diskussion mit den Vorführern der linken Opposition eine treffende Bemerkung gemacht. Er verteidigt die Entwicklung zum Reformismus und erklärt:

„Die oppositionellen Gruppen wollen die Vorkriegsentwicklung der Kommunisten und der Partei nicht mitmachen. Urbahns und seine Freunde sind die Kinder, die noch mit Murmeln spielen und entrüstet sind, wenn die Erwachsenen sagen, die Zeit des Murmelspiels ist vorüber.“

Artur Rosenberg wird in seiner rührenden Selbstbescheidenheit nun sicher sich selbst und auch die kommunistische Partei in ihrem jetzigen Zustand nicht gerade für endgültig erwachsen halten. Es ist richtig, die allerprimitivsten Murmelspiele scheint man aufgeben zu wollen, aber das Spielen kann man immer noch nicht lassen. Das Berauschen an großen Worten gehört zum Kommunismus. Ein Zwischenruf machte einen oppositionellen Diskussionsredner darauf aufmerksam, daß „mit radikalen Phrasen nichts geschafft“ sei. Vielleicht kommt doch die Zeit, wo auch Artur Rosenberg einzieht, daß er und seine Freunde auch heute noch kindliche Murmelspiele betreiben! Freilich: „die Sehnsucht nach den Massen verhindert die revolutionäre Taktik der Partei“. Dieser entrüstete Vorwurf eines linken Diskussionsredners kennzeichnet die Tendenz, die durch die kommunistische Bewegung geht. Unter dem Druck der Tatsachen und unter dem Druck der Massenstimmung wandelt sie sich langsam. Die Wandlung vollzieht sich mit Rückfällen, die Illusionen und Utopien reißen nicht ab, aber der objektive Beobachter muß die Wandlung als solche feststellen. Sie vollzieht sich als Parallelbewegung zur Entwicklung der russischen Revolution, die längst ihren revolutionären Höhepunkt überschritten hat und — wenn auch noch so verzerrt — sich der objektiven Entwicklung zum demokratischen Aufbau anpaßt.

Es ist müßig, zu prophezeien, wie sich organisatorisch die Auswirkung dieser Wandlung zeigen wird. Die Friedfertigkeit des Berichts auf dem geduligen Papier der „Roten Fahne“ ist natürlich nur Schein. Der Kampf auf dem Parteitag war in Wirklichkeit ein erbitterter und hartnäckiger. Die Gruppen stehen wie Feinde gegenüber. Ob heute oder morgen, das ist geschichtlich gleichgültig, am Ende dieser Entwicklung steht die Auflösung. Der Widerspruch zwischen Phrasologie und Praxis muß weiter an dem Gebäude der kommunistischen Organisation rütteln. Heute wird ein Brief, den Ruth Fischer an den Parteitag gerichtet hat, nicht einmal mehr auch nur andeutungsweise in seinem Inhalt mitgeteilt. Berlin ist nicht Moskau und in Deutschland gibt es weder ein Sibirien noch ein Lappland. Der Linksradikalismus ist das legale Kleid der kommunistischen Bewegung. Kein noch so strenges Parteiregime kann ihn unterdrücken und ausmerzen.

Heute wird die kommunistische Partei zur Partei der Halbheiten. Zwischen Phrase und Wirklichkeit schwankt sie hin und her, versucht sich und andere zu betrügen. Aber weder Massen noch Parteien lassen sich auf die Dauer betrügen. Objektive Entwicklungen lassen sich nicht vergewaltigen und nicht verschleiern. Der feilsche Bruch im westeuropäischen Kommunismus ist vollzogen, die Steinigung der Ruth Fischer ist nur das Symbol für diese Tatsache. Die „Sehnsucht nach den Massen“ wird die revolutionäre Taktik weiter lähmen. Am Ende steht der vollständige Zusammenbruch des scheinrevolutionären Aberglaubens.

Ein Wiener Pressefandl.

Schurkenreich eines Revolverblattes.

„Die Stunde“, ein berüchtigtes Wiener Expresseblatt, gegen das nicht weniger als 28 Anzeigen wegen Erpressung erstattet worden sind, unternahm dieser Tage gegen den Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, Genossen Friedrich Austerlitz, ein feiges Attentat, indem es eine Notiz über einen „Bedränger kleiner Mädchen“ brachte, der mit dem Namen nicht genannt, aber so beschrieben wurde, daß man die Person des Genossen Austerlitz dahinter vermuten konnte. Von der „Arbeiterzeitung“ aufgefordert, den Namen zu nennen, schwieg das Reptil und verkroch sich hinter ungenannte Gewährsmänner. Austerlitz hat nun selber in der „Arbeiterzeitung“ mitgeteilt, daß der schmutzige Streich ihm gelte, und einen Abwehrartikel geschrieben, den man mit einem Gefühl der Scham darüber liest, daß solche Abwehr überhaupt erst nötig geworden ist.

Die Redakteure der „Arbeiterzeitung“ haben an die Organisation der Wiener Presse folgendes Schreiben gerichtet:

In der Nummer der „Stunde“ vom 29. Juni (Nr. 990) ist eine Notiz unter dem Titel „Ein Bedränger kleiner Mädchen“ erschienen. Diese Notiz ist ein zu erpresserischen Zwecken verübter Bubenstreich gegen den Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, Friedrich Austerlitz: sie stellt unzweifelhaft den Versuch dar, den Chefredakteur Austerlitz in seinem Kampfe um die Reinheit der Wiener Presse durch die Androhung von Verleumdungen einzuschüchtern.

Es handelt sich hier nicht um eine jener Ausschreitungen im Ton und in der Form, die die Organisation wiederholt in Zirkularen gerügt hat, sondern um einen ganz eigenartigen Fall, um eine aus ehrlosen Motiven, mit ehrlosen Mitteln, zu ehrlosen Zwecken begangene Handlung.

Die Redakteure der „Arbeiterzeitung“ haben in einer Redaktionskonferenz, die am 2. Juli abends unter dem Vorsitz des Betriebsobmannes Dr. Gustav Pollatschek stattgefunden hat, beschlossen, der Organisation der Wiener Presse mitzuteilen, daß die Redakteure der „Arbeiterzeitung“ von der Organisation eine Stellungnahme zu diesem beispiellosen Fall erwarten.

Für die Redakteure der „Arbeiterzeitung“
Dr. Gustav Pollatschek, Hugo Schulz.

Nach dieser kräftigen Gegenwehr versicherte das Reptil heulend, es habe Austerlitz gar nicht gemeint!

Der unerhörte Fall beleuchtet grell Mißstände des Pressewesens, die in Wien besonders ausgeprägt sind, aber nicht nur dort bestehen. Die Reinigung von solchen Pestilenzerscheinungen ist überall ein wichtiges Problem.

Ganz Deutschland soll polnisch werden.

Verrückter Militarismus in Warschau.

Warschau, 6. Juli. (WIB.) „Polka Józefina“, das Blatt der militärischen Organisation Pilsudskis, schreibt: Der Versailles-Vertrag hat Polen unrecht getan; er hat uns nicht das Polen von vor 1772 gegeben; er hat uns nicht gegeben Danzig, Ermland, Masurien, Königsberg, Stettin, Oppeln und Breslau. Die Ansprüche auf diese Städte und Länder, die uns mit Gewalt genommen sind, werden wir niemals aufgeben. Da wir offene Grenzen haben, müssen wir eine mächtige Armee haben, die uns nach vier Fronten zu verteidigen vermag. Jeder Polak muß Soldat sein, jede Polin muß der Nationalgarde in Reserve angehören. Ein von Kopf bis zu Fuß bewaffnetes Polen wird allen Feinden entgegenzutreten können; jedes polnische Haus muß eine Festung sein.

58 000 erholungsbedürftige Schulkinder verläßt die Stadt Berlin zu Beginn der Schulferien. 2000 Kinder haben bereits am Mittwoch Berlin verlassen, teils nach einem städtischen Erholungsheim an der Ostsee, teils nach Ostpreußen. Sonderzüge mit Schulkindern sind außerdem vorgezogen nach Thüringen, selbst nach der Schweiz, nach Niederösterreich, Kärnten und Steiermark.

Das Wandern . . .

Von Hans Bauer.

Wandern ist schön: Burschen ziehen hinaus in die Welt. In irgendeine grüne, blühende, schimmernde. Singen Lieder. Pfeifen sich was. Warschieren oder rasten, ganz wie's ihnen behagt. Sind — heut einmal! — niemandes Herr und niemandes Diener. Sind selbstherrliches Volk, das nur dem Wind und der Sonne gehört.

Wandern ist schön. Wandern ist Freiheit. Freiheit — aber da wären wir auch schon bei den unvermeidlichen Nachteilen angelangt, ohne die offenbar auch die erfreulichsten Erscheinungen nicht auskommen können. Dem Jungdeutschen Orden gebührt der Ruhm, diese Unbekümmertheit und schwebende Leichtigkeit, die der Idee des Wanderns anhaftet, einmal ein wenig ins Gebot genommen und ihr die Handhaken der Disziplin angelegt zu haben, ohne deren Anwesenheit sich ein echter Deutscher nie recht behaglich fühlt.

Da gibt es bei den Jungdeutschen zunächst einmal Wanderregeln. Aber es sind bloß einige Duzend, und damit kommt man selbstverständlich nicht aus. Es hat sich demgemäß nötig gemacht, beispielsweise die Ziffer 23 dieser Wanderregeln mit einem Ausführungskommentar zu versehen, der im Bundesblatt, im „Jungdeutschen“, erscheint. Hierin wird endlich einmal eine bislang wahrscheinlich dringend vermischte Klarheit über die so hochwichtigen Wanderdienstverhältnisse geschaffen. Demnach ist also der Balleiwanderwart ein Organ des Komturs und handelt im Auftrag der Ballei. Der Großmeister und Balleigefolgshauptmeister geben die Wanderdienstverhältnisse an die Wanderwarte weiter. Wieder anders steht es um den Bruderschaftswanderwart, für den sowohl die großmeisterliche, als auch die im Namen des Komturs dem Großmeister erteilten balleiwanderwartlichen Befehle in Betracht kommen. Wanderanordnungen des Balleiwanderwartes müssen natürlich im Einklang mit den bruderschaftlichen Möglichkeiten stehen, während das dienstliche Verhältnis der Großballeiwanderwarte zu den Balleiwanderwarten sich sinngemäß regelt.

Also noch einmal: Der Wanderballei . . . nein, der Balleiwanderwart von der Wanderanordnungsstelle, die der Bruderschaftskomtur des Meistergefollshauptmeisters . . .

Bergebens, vergebens: Ich habe mit vieler Mühe den „Erlaß des Ordensamtes“ über die Wanderdienstverhältnisse ergründet, aber dazu, mich nun in meinem Exzerpt zurechtzufinden, dazu reicht nicht, und es erhellt, daß untereinander eben doch ein recht oberflächliches Subjekt ist. Wandern — — — das spricht sich so schön aus, und davon hatte man sich die eingangs angebotene Vorstellung gemacht. Nun erzählt man, daß es noch ein ganz anderes Wandern gibt: ein ordnungsmäßig-patriotisches, ein befehlsgemäßes, ein Ballei- und Bruderschaftswandern auf Grundlage von Ordensamtsverlassen, ein korrektes Wandern.

Und da sieht man's ja wieder, welche eminenten Köpfe unsere Nationalen sind. Deutsch bis ins Mark, vermögen sie ohne das geringste Fremdwort auch aus unserer Muttersprache völlig unerschöpfliche Begriffe zu prägen, und gründlich bis in die Knochen wissen sie es dem fröhlichen Bursch heizubringen, daß es weniger darauf ankommt, grünende Landschaften bewandert zu haben, als bewandert zu sein in ordenswanderamtlichen Erlässen.

Lichtenberg als Vater der deutschen Seebäder.

Der geniale buhlige Göttinger Physikprofessor Georg Christoph Lichtenberg ist nicht nur durch seine geistvollen Schriften unsterblich geworden, dieser scharfsinnige Satiriker, der einen so offenen Blick fürs Leben besaß, verdient auch als der geistige Vater der deutschen Seebäder unsere Anerkennung. Der Lichtenberg-Forscher Dr. Erich Obstein weist auf dieses Verdienst des großen Schriftstellers in „Reclams Universalium“ hin. Die Alten kannten schon den Nutzen der Seebäder. Im Mittelalter und bis ins späte 18. Jahrhundert hinein waren aber die Seebäder bei uns vergessen. Von England aus erst kam diese Neuerung zu uns, und zwar war es Lichtenberg, der bei seinem Aufenthalt in England sich für das englische Seebadewesen begeisterte. Er erzählt von den zweiträdrigen Badefarren und den Frauen, die sie bedienen, von dem Badeanzug, der „das Sicherheitsgefühl der Bekleidung unterläßt, das der Unschuld selbst im Weltmeere so wie in der dicksten Finsternis immer heilig ist.“ 1703 veröffentlichte er nun im Göttinger Taschenbuch einen Aufsatz, der die Aufschrift trug: „Warum hat Deutschland noch kein großes öffentliches Seebad?“ und wurde damit zum geistigen Begründer der Seebäder. Er selbst hatte zwar hauptsächlich die Nordsee im Auge und wies auf Cuxhaven und Helgoland hin, aber auch die Ostseebäder verdanken ihm ihre Entstehung.

Auf Grund seines Aufsatzes besuchte ihn der Hofrat Vogel, der noch im selben Jahre das erste deutsche Seebad Döberan ins Leben rief. 1797 folgte dann Nordern, und zwar wird uns berichtet, daß dort „alle anständigen Frauenzimmer“ unter dem herabgelassenen Fallschirm der Badefarre badeten, während „dreifache Rammsperlonen“ sich aus der Badefarre herauswagten. Helgoland, das jetzt seine 100-Jahrfeier als Badeort begeht, ist auch schon von Lichtenberg besucht worden, der von seiner achtstündigen „Sprinktour“ nach Helgoland die freundlichsten Eindrücke nach Hause brachte. Der kluge Professor erkannte bereits den Kernpunkt der Sache, wenn er schreibt: „Wer so etwas noch nicht gesehen hat, datiert ein neues Leben von einem solchen Anblick und liest alle Beschreibungen von Seereisen mit einem neuen Sinn. Ich glaube, jeder Mann von Gefühl, der das Vermögen hat, sich diesen großen Genuss zu verschaffen und es nicht tut, ist sich diese Verantwortung schuldig. Nie habe ich mit so vieler, fast schmerzhafter Teilnahme an meine Freunde in den dumpflichen Städten zurückgedacht, als auf Helgoland.“ Durch seine Schriften brachte Lichtenberg „die Sache in Gang“, wie er selbst hervorhebt.

Friedrich Meißel liest im Saale Hofentheater 38 am Mittwoch, abends 8 Uhr „Novellen der Gegenwart“ (Wilhelm Schäfer, Arnold Wily, Jacob Wassermann, Stefan Zweig u. a.).

23 Jahre im brasilianischen Urwald. Seit langem nicht hat die Urania ein so volles Haus gesehen, wie bei dem Vortrag des Herrn Artur Hanselow, der über seine Erlebnisse im brasilianischen Urwald unter deutschen Kolonisten berichtete. In lebhafter, anregender Weise reichte er sachlich Tatsache an Tatsache, woraus sich für den Brasilieninteressenten folgendes Bild ergab: Energisch muß vor planloser Auswanderung gewarnt werden. Auswandern ist gleichbedeutend mit Entsetzen. Nur wer einen durch und durch gefunden Körper hat, einen hohen Grad von Anpassungsfähigkeit besitzt, äußerst sparsam zu sein versteht und den Willen hat, schwerste körperliche Arbeit zu leisten, kann als Kolonist in den brasilianischen Urwald ziehen. Abenteuerlustige gehen zugrunde. Junge uneheliche Leute geben für gemächlich nach ein bis zwei Jahren auf, denn ohne tüchtige Frau kann der Kolonist nicht bestehen. Wer sich für die Kaffeepflanzung verdingt, ist dort ein weicher Sklave. 2000 bis 3000 Mark muß der Einwanderer mindestens haben, weil er in den ersten einundneinhalb Jahren mit seiner Ernte rechnen kann. Steuerfreiheit wird zwei Jahre gewährt. Das Land kann in sieben bis acht Jahren abbezahlt werden. Die staatlichen Kolonien, für die große Verprechungen gemacht wurden, haben sich nicht bewährt. Die Organisation war offenbar nicht so, wie sie sein mußte. Die private hantelische Kolonisationsgesellschaft hat bessere Erfolge aufzuweisen. Der Auswanderer sollte möglichst viel mitnehmen; er kann drüben alles gebrauchen, nur keine Möbel. Der Redner berichtete sodann eingehend über das Leben in St. Katharina, Blumenau. Dieser Bericht wurde durch gute Bilder unterstützt, die freilich Ungezieherplage und Hitze nicht veranschaulichten konnten. Ein Film zeigte sodann den Werdegang des südamerikanischen Tees (Mate) von der Ernte bis zum Verkauf. Das Publikum war sehr beifallsfreudig und zeigte dadurch, daß ihm diese Art der Urania-Vorträge besonders zusagt. e. b.

Die Bekämpfung der Wölfe in Rußland. Das russische Ackerbaukommissariat ruft zum Kampf gegen die immer wachsende Zahl der Wölfe auf, die „eine nationale Geißel geworden sind“. Damit zusammen hängt die gefährlich wachsende Zahl von Tollwutfällen bei Hunden, Katzen und anderen Haustieren, die von Wölfen gebissen wurden. Man schätzt die Zahl der Wölfe in Sowjetrußland — die Ukraine, den Kaukasus, Weiß-Rußland und die anderen Bundesrepubliken nicht mit eingeschlossen — auf mehr als 100 000, und allein im letzten Winter sind eine beträchtliche Anzahl von Menschen sowie gegen 1 Million Vieh von den Wölfen getötet worden. Die Wölfe greifen nicht nur Dörfer an, sondern auch manche Städte und erscheinen in den Straßen der Provinzhauptstädte. In einigen Gebieten mußten Soldaten gegen sie mobil gemacht werden. Man will einen ausgedehnten Krieg eröffnen durch Legen von Fallen und Gift, außerdem sollen Prämien auf jeden getöteten Wolf und für Nachrichten ausgesetzt werden, die Sicheres über die Schlupfwinkel der Raubtiere angeben.

55 Millionen Amerikaner möchten im Kino. Der Film hat die Welt erobert. Nach der neuesten Statistik gibt es auf dem Erdrund ungefähr 47 000 Kinobühnen. Die Vereinigten Staaten und Europa haben deren 20 000; 55 Millionen Amerikaner besuchen in der Woche die Vorführungen; 75% der Gesamtbevölkerung geht ins Kino, und 25 000 Kirchen bedienen sich zur Popularisierung religiöser Probleme und Ueberlieferungen des Zelluloidstreifens.

Bebel und das Reichsgesundheitsamt.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Als jüngst der fünfzigste Geburtstag des Reichsgesundheitsamts in großen Festreden gefeiert wurde, da brachte die bürgerliche Presse begreiflicherweise nicht die eigenartigen, sehr herabstimmenden Begleitumstände in Erinnerung, unter denen sich dieses Amt seine Existenz langsam erkämpfen mußte.

Am 2. März 1878 erließ der Deutsche Reichstag nämlich eine recht beschämende kulturelle Niederlage, dessen ganze Bedeutung man erst erkennen kann, wenn man den wegweisenden Aufsatz August Bebel's in der sozialistischen Revue „Die Zukunft“ liest. In diesem Tage stand nämlich die Mehrforderung von 44 500 M. für das Reichsgesundheitsamt auf der Tagesordnung des Reichstags, und dieser bewies gegenüber den großen sozial-hygienischen Aufgaben des neuen Amtes eine so stumpfe und beschränkte Auffassung, daß die Regierung vor jeder durchgreifenden Tat auf dem Gebiete des Gesundheitswesens eigentlich zurückgeschreckt werden mußte.

Der Sprecher des Zentrums, August Reichensperger witterte in dem Gesundheitsamt eine „förmliche finanzielle Ausbeutungsmaschine“. Es war für diesen Kulturpolitiker eine unheimliche Vorstellung, wenn im Anschluß an die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes an allen deutschen Universitäten Lehrstühle für das Gesundheitswesen entstehen würden. Selbst von einer offiziellen Ueberwachung der Lebensmittelfälschung wollte dieser fürsorgliche Herr nichts wissen.

Der medizinische Sachverständige der Fortschrittspartei Dr. Mendel lehnte sich mit der gleichen Kurzsichtigkeit gegen jede Erweiterung der Tätigkeit des Gesundheitsamtes auf. Nach seiner Ansicht habe sich das Reichsgesundheitsamt nicht mit wissenschaftlichen Aufgaben zu befassen, er wolle dieses Amt nur als eine Vermittlungsbehörde zwischen der Wissenschaft und der Gesetzgebung gelten lassen. Allerdings verschloß er sich nicht vor dem Gedanken, daß ein Gesundheitsamt bei Epidemien Feststellungen über die Todesursachen eine höchst nützliche Tätigkeit ausüben könnte. Hinter dem Gesundheitsbeamten sah der fortschrittliche Radikaler Mann den reglementierenden Polizisten. Er meinte, wir hätten schon überall Polizei! Der Mediziner Mendel blickte mit einer gewissen Verachtung auf die Chemie herab, die ja wesentlich zur Mitarbeit auf dem Gebiet der Hygiene berufen ist, und er meinte abschließend, die Chemie sei noch keine Wissenschaft, die sichere Resultate gäbe, sondern sie sei noch im Werden und bleibe daher noch die Antwort auf viele Fragen schuldig.

Der freikonserervative Abg. Dr. Lucius stand völlig blind und taub den Forderungen des Gesundheitsamtes gegenüber. Meinte er doch im Hinblick auf einen durch das Gesundheitsamt aufgedeckten Schwindel mit kosmetischen Mitteln: das Amt habe sich mit solchen Dingen in keiner Weise zu befassen.

Entrüstet hebt Bebel in seinem Artikel in der „Zukunft“ die Wendung in der Rede des Dr. Lucius hervor: Wollten die Leute sich damit betrogen lassen, so möchten sie es tun, damit habe das Reich gerade so wenig zu schaffen, als daß es berufen sei zu verhindern, daß das Publikum sein Geld in Schwindelpapieren anlege. Und Bebel fügt ironisch hinzu: „Damit kam also der Sohn des Erministers Delbrück, den er seinerzeit gegen Basker auf dessen Anklagen gegen den Börsenschwindler aussprach: Wir können die Leute nicht verhindern, die ihr Geld los sein wollen, dies zu tun, auch auf dem Gebiete des Handels zur vollen Geltung“. Mit Recht meinte Bebel, man schreie das Gesundheitsamt durch derartige Reden von seiner sehr nützlichen Tätigkeit zurück, und die Fälscher- und Betrügerbande lache sich in's Häutchen.

Die Vereinigung der medizinischen und chemischen Wissenschaft und die Zusammenfassung der wissenschaftlichen mit der volksbelebenden Tätigkeit im Reichsgesundheitsamt betrachtet Bebel als einen Weg, um die Wissenschaften für das Leben fruchtbar zu machen. Er stellt im Hinblick auf das Reichsgesundheitsamt den programmatischen Satz auf:

„Die assoziative Tätigkeit in der Wissenschaft und die Kombination der verschiedenen Wissenschaften unter gemeinsame Leitung ist für die Entwicklung der Menschheit gerade so notwendig, wie die assoziative und kombinierte Tätigkeit von Ackerbau und Industrie. Reun Jehndel der wissenschaftlichen Errungenschaften unserer Zeit blühen für mehr als neun Zehntel der Menschen vollständig totes Kapital, weil es sowohl an einer possenden und zweckmäßigen Sichtung und Zusammenstellung des wissenschaftlichen Materials wie an einer gleich possenden und zweckmäßigen Anwendung in der Praxis des Lebens mangelt.“

Die Verwirklichung des Programms des Reichsgesundheitsamtes ist dazu ein großer und bedeutsamer Schritt, und wenn sogenannte Männer der Wissenschaft das nicht einsehen, so stehen sie genau auf der Stufe des Handwerkers oder Bauern, der nach alter Weise sein Handwerk treibt oder seinen Acker bebaut, weil er glaubt, daß Veränderungen seinem Interesse oder seiner Bequemlichkeit schaden.“

Bebel sieht den tiefen Zusammenhang zwischen der Wissenschafts- und Gesellschaftsverfassung und den gesundheitlichen Verhältnissen der in ihr lebenden Menschen. So scharf tadelnd auch immer seine grundsätzliche Kritik an den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Zuständen ist, die allen gesellschaftlichen Reformen nur einen engen, atembeklemmenden Spielraum lassen, so lobend-ankennend klingt seine Zustimmung zu dem großen sozialhygienischen Programm des Gesundheitsamtes, das alle sozialen Beziehungen der Menschen weitestgehend umfaßt. Das neue Amt ist nach Bebel mitten in die soziale Frage hineingestellt und sein Programm wirkt wie ein „revolutionärer Akt“, allerdings wie ein „Akt von durchaus friedlicher Tendenz“. Es regt alle sozialen Fragen an, die eine förmliche Revolution in der Wohn-, Nahr-, Arbeits- und Lebensweise der Menschen bedingen. Bebel betrachtet eben in ganz großzügiger Weise das Reichsgesundheitsamt als ein wegweisendes Institut für den Aufbau einer neuen gesunden Wirtschaft und eines neuen gesunden Menschen.

Monarchistisches Oberverwaltungsgericht.

Es führt monarchistische Beamte gegen republikanische Oberbehörden.

Der Bürgermeister von Hohenstein in Ostpreußen hat am 12. September 1925 bei einer „vaterländischen Feier“ ein Hoch auf den Kronprinzen ausgebracht. Der Kronprinz war dabei anwesend.

Der Regierungspräsident bestrafte am 24. Januar 1926 den Bürgermeister mit einem Verweis.

Der Bürgermeister legte Beschwerde ein, der Oberpräsident lehnte die Beschwerde ab.

Rummehr erhob der Bürgermeister Klage beim Oberverwaltungsgericht, das prompt die Disziplinarverfügung des Regierungspräsidenten und den Bescheid des Oberpräsidenten aufhob.

Das Urteil ist wie das Verhalten des Bürgermeisters von Hohenstein eine Demonstration gegen die republikanische Staatsform. Von Recht ist bei dieser politischen Justiz keine Rede.

Irregeführte Natur.

Ob sich dessen die bekanntesten ältesten Leute zu erinnern wissen? Kaum, kaum, denn was dieser verstümmelte Frühling verregnet ließ, geht auf seine Kuhhaut. Aber auch die Premiervorstellungen des mißvergünstigen Sommers sind alles andere als erfreulich. Noaha Sinflut muß eine Zimmerbrause gegen das gemessen sein, was uns der Himmel an Wässerigkeiten auf die Erde schickt. Die Organisation jenes Betriebsapparates, den der naive Gläubige in wohnigem Selbstbetrug als göttlich anerkennt, klappt entschieden nicht. Wenn jemand auf 3 Wochen nach 49 mit Arbeit, Staub und Kerventrangulation verbracht ins Grüne fährt, und es wird ihm die Erholungsperiode so gründlich verhergt, daß er meint, in einem dumpfen Schwimmbassin von der Luhenwelt abgeschnitten zu sein, so ist das bitter. Der Kerger über die mißlungene Auffrischungspartie tut sein übriges, um die Situation zu verplüßchen. Das Erholungsminimum ist bei weitem nicht erreicht, oder die Arbeit geht von neuem los. Selbst in der Stadt beginnt uns der Heuerregen, dieses höllische Aufeinander von Wollenbrüchen, Katastrophen, Gewittern und Ueberflimmungen nachgerade unheimlich zu werden. Schon ziehen die Spekulanten des „drohenden Weltuntergangs“ mit ihren 10-Pfennig-Broschüren konjunkturwütend durch die Strohen. Wann wird ein Ende kommen diesem Schrecken?

Die Folgen des Unwetters.

Die ungewöhnlich starken Niederschläge, die über Groß-Berlin in den letzten Wochen — in besonders starkem Umfang aber in den letzten Tagen — niedergegangen sind, haben selbstverständlich auch die Wachsamkeit der Behörden erregt. Wenn auch keine direkte Ueberflimmungsgefahr durch eine sehr erhebliche Steigerung des Wasserspiegels der Spree besteht, haben sich doch mancherlei Schwierigkeiten ergeben, die Sicherheitsmaßnahmen erforderlich machen. So ist zum Beispiel an der Mühlendammstraße ein Ueberwachungsdiens eingerichtet worden, der darauf zu achten hat, daß die Wehre in dem Ausmaß gezogen werden, daß bei einem besonderen Andrang des vom Oberlauf kommenden Wassers eine Regulierung bzw. ein Ausgleich geschaffen wird. Das Wehr in Charlottenburg ist ganz geöffnet worden. In Berlin ist die Schiffahrt für beladene Rähne noch frei. Für leere Rähne dagegen von über 340 Meter Höhe ist der Verkehr gesperrt worden, weil sie die Brücke am Mühlendamm nicht mehr durchfahren können. Auch in dem Seegebiet der Obersee verschärft sich die Lage erheblich, wo nur ein langsame Abfluß der Wassermengen konstatiert geht.

Die unbekannte Tote von Woltersdorf.

Trotz aller Bemühungen der Woltersdorfer Behörden ist es auch heute noch nicht gelungen, das dreizehnte Todesopfer der Einsturzkatastrope am Kronisberg zu identifizieren. Es handelt sich bei der Toten nicht, wie verschiedentlich behauptet, um ein achtzehnjähriges Mädchen, sondern um eine Frau in den mittleren Jahren, die einen Ehering trägt, also verheiratet sein muß. Unerklärlich ist, daß die Tote bisher von keiner Seite her als vermisst gemeldet worden ist, so daß unter diesen Umständen angenommen werden muß, daß es sich bei diesem Todesopfer um eine auswärtige wohnende Person handelt. Die Gerüchte, daß die Katastrope noch ein vierzehntes Todesopfer gefordert haben soll, das auf dem Transport nach Copenick den Verletzungen erlegen sei, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Heute früh ist bereits die Leiche der Frau Gebauer auf Veranlassung der Angehörigen nach Berlin übergeführt worden, wo die Beisegung erfolgen wird. Auch die anderen Leichen werden im Laufe des heutigen Tages nach Berlin transportiert und hier nach den Dispositionen der Hinterbliebenen zur letzten Ruhe bestattet werden. Die Bestattung, daß die Toten von Woltersdorf gemeinsam auf dem dortigen Waldfriedhof beerdigt werden sollen, trifft demnach nicht zu, um so weniger, als Woltersdorf überhaupt keinen Waldfriedhof besitzt.

Im übrigen wird in Woltersdorf immer noch fieberhaft gearbeitet, um die zahlreichen Wasserlöcher, von denen kaum ein Grundstück verschont geblieben ist, auszubessern. Die freiwillige Feuerwehr hat immer noch zu tun, um die unter Wasser gesetzte Keller- und Wirtschaftsräume auszupumpen. Die Röhrensdorfer Straße in Woltersdorf, in der die Regenmassen eine Schlucht von etwa 10 Metern ausgespült haben, ist noch immer unpassierbar und für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

Der Herr Reichspräsident hat dem Vertreter des beurlaubten Oberbürgermeisters von Berlin, Herrn Bürgermeister Scholz, seine herzlichste Teilnahme anlässlich des Woltersdorfer Unglücks ausgesprochen und ihn gebeten, den Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Berliner Mitbürger sein Beileid sowie den Verletzten seine besten Wünsche für baldige Genesung auszusprechen.

Der Kampf der Inflations-Grundstückskäufer.

Eine zweitägige Tagung des Reichsverbandes der Grundbesitzer gegen untragbare Aufwertung war wirklich kaum wert, daß man eine Stunde zuhörte. In diesem Reichsverband haben sich Grundbesitzer zusammengeschlossen, die ihre Grundstücke und ihre Häuser während der Inflation erworben haben. Dabei sind eine Reihe von sogenannten Schwarzkäufen vorgekommen, d. h. von Käufen, bei denen im Kaufvertrag aus steuerlichen Gründen nur ein Teil des Kaufpreises angegeben war. Der Rest war entweder in einem besonderen Vertrage festgelegt oder es war eine freie Vereinbarung über ihn getroffen, und er wurde demgemäß bezahlt. Nun werden nachträglich diese Käufe von den Verkäufern angefochten, und die Gerichte stellen sich zum allergrößten Teil auf den Standpunkt, daß die Verträge ungültig seien, und daß der Verkäufer des Grundstücks sein Grundstück wieder zurückhalten muß. Gegen diese Auslegung der Verträge wandten sich die Inflationskäufer in ihrer Sonnabend- und Sonntagtagung. Wir möchten hierzu folgendes bemerken: Für uns liegt keine Veranlassung vor, zugunsten der einen oder der anderen Partei Stellung zu nehmen. Es handelt sich bei beiden Teilen um Spekulanten. Die meisten Hauseigentümer haben in der Inflation ihre Grundstücke verkauft, weil sie glaubten, mit dem baren Gelde bessere Geschäfte machen oder bessere Sachwerte erwerben zu können. Und die Grundstückseigentümer waren bei ihrem Kauf der Ansicht, daß es bei der Geldentwertung keine bessere Anlage in Deutschland gäbe, als die Anlage in Grundstücken. Wenn sich nun eine der beiden Parteien nach der spekultativen Richtung hin getrieben hat, so ist das etwas, was die Deffenlichkeit im Grunde genommen gar nichts angeht. Daß auch diese Kategorie der Hauseigentümer sich mit aller Macht gegen die Wiedereinkaufbestimmungen wandle, soll nicht unerwähnt bleiben.

Erneute Verschlechterung im Befinden Rautskers.

Wie wir erfahren, hat sich das Befinden Iwan Rautskers in der Charite erneut verschlechtert. Man befürchtet ein Wiederaufflackern der Lungenerkrankung; außerdem ist infolge Herzschwäche eine Blasenlähmung eingetreten. Aus diesem Grunde kommt nach Ansicht der Aerzie eine Ueberführung Rautskers in das Untersuchungsgefängnis Roabit vorläufig nicht in Frage, er muß vielmehr weiter in ärztlicher Behandlung in der Charite bleiben.

Mord oder Unglücksfall?

Unter dem Verdacht der Anstiftung zur Unterschlagung und des Mordes wurde der Hausdiener Kurt K. aus der Kaiser-Friedrich-Straße zu Reutheim verhaftet. Vor etwa 3 Wochen unterschlug die 19 Jahre alte Minna Sch. aus der Prinz-Handjery-Straße 39 ihrer Firma 300 M. und verschwand damit. Es wurde festgestellt, daß das Mädchen mit K. befreundet war und daß dieser gleichzeitig mit ihr verschwunden war. Vor 8 Tagen kam der junge Mann nach Berlin zurück und brachte den Eltern des Mäd-

chens die Kelder der Tochter. Er erzählte, daß sie zusammen nach Limburg a. d. Lahn gefahren seien. Hier hätten sie im Hiesse ein Bad genommen. Dabei sei das Mädchen infolge eines Herzschlages ertrunken. Seine Verurtheilung, sie zu bergen, seien erfolglos geblieben. In Limburg habe er sofort Anzeige erstattet. Die Leiche des Mädchens ist anscheinend noch nicht gefunden, da noch keine Mitteilung hierher gelangt ist. Die Eltern der Sch. beschuldigen nun K., ihre Tochter absichtlich ins Wasser gestochen zu haben, weil das veruntreute Geld zu Ende gegangen sei. K. wurde in Haft genommen, bis aus Limburg eine aufklärende Nachricht eingegangen sein wird.

Ein Mord nach sieben Jahren aufgeklärt.

Die Täter geständig und verhaftet.

Ein schweres Verbrechen, das im Februar 1919 verübt wurde, konnte jetzt in überraschend kurzer Zeit aufgeklärt werden. Die drei Beteiligten, ein 28 Jahre alter Ruischer Robert Schwarz aus der Paul-Singer-Straße, ein 29 Jahre alter Ruischer Franz Paehjch und seine Mutter, die 58 Jahre alte Witwe Anna Liegkow aus der Langestraße 49, sind geständig und wurden sofort verhaftet.

In der Nacht zum Montag wurde der Ruischer Robert Schwarz auf Anzeige seiner mit ihm in Scheidung lebenden Frau verhaftet, weil die Frau ihn beschuldigte, vor sieben Jahren den Arbeiter Liegkow erschossen zu haben. Bei seinem Verhör durch Kriminalkommissar Lobbes leugnete Schwarz hartnäckig und behauptete, sich an einen derartigen Vorgang nicht mehr erinnern zu können. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nahmen im Verlaufe des gestrigen Montags eine so überraschende Wendung, daß die Frau des Getöteten, die Witwe Anna Liegkow und ihr Sohn aus erster Ehe, Franz Paehjch, verhaftet wurden. In später Nachtstunde legten sie endlich ein umfassendes Geständnis ab. Danach erschloß Schwarz auf Anstiften der Frau Liegkow ihren Ehemann, mit dem sie im Upriden lebten. Zur Ausführung ihrer Tat an einem Sonnabend im Februar des Jahres 1919 gingen sie nach der Laube des L. in Baumshuldenweg. Paehjch hatte den Revolver seines Vaters mitgebracht. Während L. auf der Leiter stand, um Dachpappe anzunageln, schoß ihn Schwarz mit diesem Revolver nieder. Im Sturz schlug sich der Sterbende den Kopf auf, so daß die Schußverletzung später nicht mehr festzustellen war. Der Arzt erkannte daher auf Schädelbruch und Herzschlag. Frau Liegkow, die Anstifterin, suchte das Verbrechen damals mit einem Unglücksfall zu verschleiern, was ihr auch gelang. Der Mord wäre nie ans Licht gekommen, wenn nicht Frau Schwarz jetzt Anzeige erstattet hätte.

Raubüberfall auf einen Ruischer.

Gestern abend gegen 8 1/2 Uhr während des strömenden Regens wurde der 65 Jahre alte Ruischer Gustav Brunwald aus der Lauffer Straße 21, auf seinem Fuhrwerk überfallen und beraubt. Der Mann hatte Lebensmittel zur auswärtigen Kundtschaft gefahren und kam die Treptower Chaussee entlang zurück. In der Nähe der Rapsentischstraße wurde er plötzlich von einem Burchen von hinten am Halse gepackt, über den Bod zurückgerissen und gewürgt. Das Trommeln des Regens auf dem straff gespannten Stoff hatte es dem Räuber ermöglicht, ungehört bis an den Ruischer heranzutreten und ihn hinterrücks anzufallen. In der geraubten Brieftasche befanden sich über 100 M. eingezogene Gelder. Der Räuber entkam in der Dunkelheit und dem strömenden Regen ungehindert.

Ein Motorrad gefunden. Bei Bensiekendorf i. Mark wurde, dicht an der Berliner Chaussee liegend, ein gut erhaltenes Motorrad, Marke Stoc I A 30 921, herrenlos aufgefunden. Bis her hat sich der Bestohlene nicht gemeldet.

Das Arbeitersportfest in Wien.

Der Beginn der sportlichen Veranstaltungen des Festes war mit dem Stafettenlauf ein voller Erfolg. Nicht besser hätte der Bevölkerung das Wesen des Arbeitersports vor Augen geführt werden können, als durch diesen Stafettenlauf, in dem jeder einzelne sein Bestes hergibt, um der Mannschaft den Sieg zu bringen. Das erste Fußballspiel des Festes wurde Sonntag 10 Uhr vormittags auf dem Trabrennplatz begonnen. Die Wiener waren die bessere Mannschaft und errangen einen verdienten Sieg mit 3:1 Toren. Trotz der großen Hitze war das Spiel ungemein lebhaft und reich an spannenden Momenten. In dem ersten Turnspiel dem Rastball-Stadtkampf Wien—St. Bötten errang Wien einen hohen Sieg, doch entspricht das Resultat durchaus nicht dem Kräfteverhältnis. Die St. Bötten er tambern besser und besitzen auch eine bessere Fangtechnik als die Sieger. Jedoch waren die Stürmer vor dem Tor zu unentschlossen und zu langsam. Die ausgeglichene Verteilung der Wiener verhinderte meistens die St. Bötten am Schuß. Endresultat: Wien 7:3 (3:2). Während die Sportler quer durch Wien eilen, streben durch die Straßen Wiens marschierende Jungtollonen in dem großen Platz vor dem Rathaus zu. Föhnen, Musik, heller freudiger Gesang und frohe Gesichter. Immer neue Züge marschieren an. Ein einziges Meer von Menschen füllt das weite Feld bis zum jenseitigen Burgtheater, bis hinaus zum Parlament, bis hinunter zur Uni-versität. Inmitten dieser gewaltigen Masse die schulterklaffende Jugend, die heute durch eine besondere würdige Feier in das kampfreiche Leben des Arbeiters eingeführt werden soll. Durch die schmale Menschengasse führt der Schlußmann der Wanderstafette Graz—Wien. Hoch schwenkt er in seiner Rechten die Botchaft aus der steiermärkischen Landeshauptstadt. Dicht hinter ihm folgen die Schlußleute der Linie Linz—Wien. Genosse Otto Glöckl, Präsident des Wiener Stadtschulrates, begrüßt die Jungen und Mädchen. Ueberzeugend dringen seine Worte über den weiten Platz. Am Nachmittag hielt der Wiener Arbeiter-Turnverein auf dem Trabrennplatz vor ungefähr 20 000 Zuschauern eine Generalprobe der Massenfreilübungen ab. Die Generalprobe hat bewiesen, daß die Massenübungen am nächsten Sonntag, dem Hauptfesttag, zu dem wichtigsten Ereignis des Festes werden dürften. Während die Turner in der Aufstellung waren, traf folgendes Telegramm des burgenländischen Landtagspräsidenten ein: „Zu Ihrer Tagung die herzlichsten Glückwünsche und besten Erfolge. Proletarische Kultur zeigt mit diesem Fest der Jugend den Weg, der zur Volksgesundung führen muß. Es lebe die Jugend, es lebe der Sport!“

Explosionskatastrophe in einer Bronzefabrik.

Heute früh um 6,25 Uhr ereignete sich in der Bronzefabrik Weigand in Schwabach bei Nürnberg ein schweres Explosionsunglück. Das Dach der Fabrik flog in die Luft und eine Stichflamme schoß empor. Die Explosion war in der ganzen Stadt zu vernehmen. In den umliegenden Straßen sprangen die Fensterscheiben. Bisher wurden sechs Schwerverletzte geborgen.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich. Auf dem Bahnhof von Annemasse sind vorgestern abend die letzten Waggons eines nach Genf fahrenden Zuges von einem in den Bahnhof einfahrenden Zug gerammt worden. Dabei wurden fünfzehn Personen zum Teil schwer verletzt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Groß-Detail Schuh-Gesamt-Geschäft in seinem bisherigen Salon-Appartement auktorienartige Verweise. Sie Firma muß ihre großen Räume räumen und hat infolgedessen große Wohn-Betten, Damen- und Herrenschuhe in guter Ware räumlich abzugeben. Die Preise sind grandios und werden billig zu beschreiben und weisen wir noch auf das heutige Interes der Firma hin.

Gewerkschaftsbewegung

Klagen Erwerbsloser.

Adressenschreiben mit Hunger bestraft.

Ein Erwerbsloser, der 10,70 Mark Unterstützung wöchentlich bezieht, wovon er die Ausgaben für Miete und Instandhalten der Kleidung, nebenbei natürlich auch noch für seine Ernährung zu bestreiten hat, kam auf den Einfall, sich einen „Rebenerdiener“ zu verschaffen. Er fand denn auch Arbeit beim Adressenverlag Schustermann, wo drei Mark für 1000 Adressen bezahlt wurden. Der Verdienst, den er dabei in einer Woche erzielte, betrug etwa 8,50 M., nach Abzug der Versicherungsbeiträge, und war — wie uns versichert wird — nur ein einmaliger Nebenverdienst. Dem Rebenerdiener, der seine ständige Einnahmequelle verschwiegen, wurde die Erwerbslosenunterstützung gesperrt, nachdem sein gefährliches Treiben rüchbar geworden war. Die Verschärfung einer Strafe durch Fasttage wird nach den modernen Begriffen über den Strafzweck als mittelalterlich empfunden. Sie muß immerhin im Einzelfalle irgendwie eine Begründung finden. In diesem Falle ist eine derartige „Strafverschärfung“ von keiner Stelle angeordnet worden. Der Effekt aber, den die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bedeutet, ist Hungerstrafe. Dabei ist der Sünder sich der Schwere seines Vergehens, das dem übermächtigen Verlangen entspricht, sich als Erwerbsloser einmal tüchtig sattzuessen, nicht einmal recht bewußt geworden. Er wirft die Frage auf: Wenn pensionierte Offiziere, Pfarrer und Beamte mit annehmbarem Monats-einkommen das Recht haben, sich soviel sie können, noch hinzu-zuerdienen, sich billig anbieten und den notleidenden Ange-stellten Konkurrenz machen, ihnen das Brot vom Munde nehmen, weshalb wird dann einem Bezüher der Erwerbslosenunterstützung sofort die Unterstützung gesperrt, wenn er sich einmal ein paar Mark mit Adressenschreiben verdient?

An sich ist es durchaus richtig, daß Arbeitnehmern, die nicht arbeitslos sind, auch keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird und Unterstützungsempfänger die Unterstützung entzogen wird, wenn sie sich als erwerbslos ausgeben, trotzdem sie ein Arbeitseinkommen haben. Damit ist aber nicht gesagt, daß ohne jegliche Rücksicht auf den Einzelfall, ohne vorherige Ermahnung im Falle eines unbedeutenden Verstoßes gegen die Bestimmungen, der einzelne Erwerbslose sofort dem Hunger ausgeliefert werden muß. Rücksichtsloses Vorgehen ist in seiner Wirkung nicht minder verwerflich und unfittlich als eine geringe Verschönerung der Unterstützung. Es darf doch kein Mensch durch Hunger derart zur Verzweiflung getrieben werden, daß er sich über die Strafgesetze hinwegsetzt!

Läßt der Massenbetrieb bei der Erwerbslosenfürsorge keine individuelle Behandlung zu, dann muß die Unterstützung soweit erhöht werden, damit sie zur Befreiung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht.

Die Erwerbslosenfürsorge beansprucht 50 Proz.

Am 1. Januar 1926 wurde ich infolge Abbau als Bilanz-sicherer Buchhalter — ich bin 39 Jahre alt — entlassen und bin seit dieser Zeit stellungslos. Ich beziehe eine wöchentliche Erwerbslosenunterstützung, einschließlich meines Amtes, von 2,75 M., monatlich also etwa 37 M. Meine Miete beträgt monatlich 35 M. Da ich ein Zimmer vermietet habe, für das ich monatlich 33 M. erhalte, behält die Erwerbslosenfürsorge hiervon die Hälfte, also 16 M., ein, so daß mir mithin monatlich noch etwa 16 M. verbleiben.

Es war ausgeschlossen damit meinen Verbindlichkeiten nach-zukommen und davon leben zu können, und so kam ich mit der Miete in Rückstand. Die Hausverwaltung klagte auf Mietzahlung und Räumung. Die Verhandlung fand beim Amtsgericht Charlottenburg statt. Bei der Verhandlung schilderte ich meine Lebenslage. Da ich noch lebe und noch nicht vollständig verhungert bin, meinte der Rechtsanwalt des Klägers, Herr Rechtsanwalt Engelhardt, Charlottenburg, Wilmers-dorfer Straße 35, daß ich trügerisch genug sei, und arbeiten könnte, auch meine Miete bezahlen könnte, da ich ein Zimmer meiner Wohnung vermietet hätte. Als ich den Anwalt hierauf erwiderte, daß ich mich unaufrichtig bemühe, aber keine Stellung zu bekommen ist — nebenbei bemerkt, schrieb ich schon weit über 150 Offerten —, und sich die Erwerbslosenfürsorge aus der Vermietung des Zimmers mit 50 Proz. bereichert, konnten die Herren das nicht verstehen und meinten, daß dieses mit der Mietverpflichtung und Räumung der Wohnung nichts zu tun hätte. Der Mietklausur wurde kostenpflichtig stattgegeben, ohne daß man sich darum kümmerte, wo ich als Erwerbsloser das Geld hernehme.

Diese Anklage gegen die Erwerbslosenfürsorge, wie gegen die lebensfremde Buchstabenjustiz, spricht so deutlich für sich, daß uns jede Hinzufügung als Abschwächung erscheint.

Auf die Dauer ist es einfach unmöglich, daß das Reich samt seinen Instanzen sich über die Frage hinwegsetzen, wie die Erwerbslosen mit solchen Unterstützungen zurecht kommen sollen. Sie alle wollen leben. Kann man ihnen keine Arbeit beschaffen, müssen sie derart unterstützt werden, daß sie nicht verhungern und mit ihrer Kleidung, Wäsche, Fußzeug und ihrem Hausrat nicht verkommen. Die Gedanklosigkeit darüber, wie die Erwerbslosen den auf die Dauer einfach unmöglichen Einklang zwischen ihrer Unterstützung und ihren unerlässlichen Lebensbedürfnissen herstellen sollen, mühte sich mit der Zeit bitter rächen.

Die „selbständigen revolutionären“ Verbände.

Früchte der Gewerkschaftspolitik der KPD.

Von den Leuten mit dem eigenen Laden unter kommunistischer Flagge waren eigentlich nur die Herren W e n e r und S c h u m a c h e r übrig geblieben. Denn der Verband der ausgesperrten Bauarbeiter hat sich nach dem Beschlusse des Hamburger Verbandstages und dem Auflösungsbeschlusse seines Zentralvorstandes folgend, aufgelöst. Der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe aber, Herr Kaiser, hatte durchaus keine Lust, seinen Laden wieder zuzumachen. Er hat einige frühere Ortsgruppen seines Verbändchens in Düsseldorf, München-Gladbach und Greifswald zu sich herübergezogen, um sein Geschäft unter der neuen Firma „Industrieverband für das Bau-gewerbe Deutschlands“ unverändert weiter zu betreiben. Selbstver-ständlich soll diese geblühte Gründung ein „revolutionärer“ Industrieverband sein.

Diese selbständigen revolutionären Verbände der Schumacher und Kaiser, der Dritte im Bunde, Herr W e n e r, scheint gegenwärtig nicht oder nicht mehr dabei zu sein, hatten das Bedürfnis, eine Reichskonferenz nach Berlin einzuberufen, die, wie es sich für so „revolutionäre“ Verbände gehört, mit einem Demon-strationszuge eingeleitet wurde.

„Es war eine wirkliche Demonstration, wie sie unter diesem Banner Berlin selten gesehen hat.“ Unter Vorantritt einer Musikkapelle des „Roten Frontkämpferbundes“ marschierten viele viele Tausende.

Gegen wen und gegen was nun diese „selbständigen revolutionären Verbände“ eigentlich demonstrieren, ist leicht zu erraten. „Der Bauprolet“ des Kaiser, der auch „für die Ein-heitsfront“ ist — aber nur „von unten herauf“ — verrät es uns zum Ueberflus:

„Zahlreiche Tafeln wurden im Zuge getragen, wie „Heraus aus den Orgeln-Gewerkschaften — hinein in die Industrieverbände“ — „Wer hat den englischen Generalstreik verraten?“ — „Wer den Amsterdamer Beiträge bezahlt, ernährt seinen eigenen Wegger“ usw.“

Der Friedrich-Hegar-Chor hat bei dem Trauerspiel mitgewirkt.

„Diese Demonstration war eine kommunistische. Hier unter diesen Demonstrationen zieht die Parole: „Hinein in die freien Gewerkschaften“ nicht mehr. Sie wissen, daß zum Sturz des Kapitalismus revolutionäre Gewerkschaften gehören.“

Ausgerechnet die Gewerkschaften der Schumacher, Kaiser und W e n e r! Dieser Widsinn ist zum Lachen, trotzdem er die Reste der geistigen Verwirrung erkennen läßt, die die KPD angeht.

Die Zahl der Delegierten ist mit 38 angegeben, jedoch selbst die Unterscheidung vermieden, wieviele davon von auswärts gekommen waren. Die Diskussion über das Thema „Berufs- oder Industrierverbände“ bewegte sich in der Hauptsache nur um die Frage, wie hoch soll der zentrale Anteil sein, den die Ortsgruppen abzuliefern haben.

Die Delegierten wollten, daß die Gelder in den Lokal-kassen zur Verfügung der Zentrale gehalten werden, jedoch sprachen sie auch aus, daß die Zentrale sie auf Anruf bekommen muß. Diese Vorsicht, die kein übermäßiges Vertrauensvotum für die „selbständigen revolutionären“ Obermänner bedeutet, ist den Herr-schaften äußerst peinlich. Aus dieser Peinlichkeit suchten sie sich durch folgenden „revolutionären“ Ausweg herauszuheben:

„Wir verstehen diese Einstellung, die sorgfältigste Mißerfolge bei den zentralen Kassen der Amsterdamer und noch mehr die Erfolge besonders der Bauarbeiter unter Baeploow und dann S a c h m a n n, diesem General der Gewerkschafts-zer-störer, kamen in der Diskussion zum Ausdruck.“

Zugegeben, daß die Ladeninhaber Schumacher und Kaiser ihren früheren Bundesgenossen S a c h m a n n, den Führer der Gewerkschafts-Abteilung der KPD, Abteilung Bauarbeiter, besser kennen als wir. Den Generalsrang als Gewerkschafts-zer-störer erkennen sie ihm schließlich auch nur deshalb zu, weil er ihren Betrieb nicht mehr sanktioniert.

Unser Genosse Baeploow aber müssen die Leute schon aus ihrem schamigen Spiel herauslassen; seine Gesinnung ist rein und seine Hände auch. Und wenn die „selbständigen Revolutionären“ auch nur annähernd so sauber wären, würden sie nicht derart die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen suchen, um ihre persönlichen Interessen zu verfolgen.

Man braucht den Leuten mit den eigenen Laden keine besondere Intelligenz zum Vornur zu machen, doch soviel wissen sie ganz genau, daß sie durch ihr in gewerkschaftlichem Sinne gemein-schädliches Treiben, die Sache der Arbeiter, die ihnen nach auf den Bräusen gehen, mit Füßen treten. Die „revolutionäre“ Waise kann auf die Dauer das ganz ordinäre Gesicht nicht verdecken.

Jubilare im Verkehrsbund.

Zu Ehren seiner Verbandsjubilare in den Sektionen II (Trans-portarbeiter), III (Verkehr), IV (Luft- und Kraftfahrer), V (In-dustriearbeiter) und VII (Haus- und Wohnungsgestellte) veranstaltete der Bezirk Groß-Berlin des Deutschen Verkehrsbundes am Sonn-abend im Saalbau Friedrichshain ein Sommerfest. Etwa 400 Jubilare und Jubilarinnen, die auf eine 25- und mehrjährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken können, waren mit ihren Familienangehörigen erschienen. Aber auch tausende jüngerer Verbandsmitglieder hatten sich durch den strömenden Regen nicht abhalten lassen, an diesem seltenen Verbands-fest teilzunehmen. Von der mit Verbandsfahnen reich geschmückten Gartenbühne, über der ein elektrisch erhelltes Transparent mit der „25“ weithin leuchtete, hielt der Bezirksleiter Genosse Ortman eine eindrucksvolle Festrede. Er zeichnete ein lebhaftes Bild von dem Verdegang des Deutschen Verkehrsbundes von der einst so kleinen

zu der heute so bedeutsamen Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wird den heutigen Jubilaren, die die Grundsteine dieser erfolgreichen Be-wegung legten und eine große Zeit mitwirkten, für ihr mutiges Einsteigen für die Interessen der Arbeiterschaft und der Organisation einen Ehrenplatz einräumen. Genosse Ortman schloß mit der Auf-forderung an die Jüngeren, sich mit Feuereifer an der Ver-bandsarbeit zu beteiligen und das von den Alten mit dem Einlegen all ihrer Kräfte und ihrer Erfahrung begonnene Werk zur Vollendung zu bringen. Der erste Teil der Feier, der durch Konzert- und Gesangsdarbietungen würdig umrahmt wurde, fand seinen Abschluß in einem gefälligen Zusammensein, bei dem so manche alte Kampferinnerung ausgetauscht wurde.

Der Tariflohn muß bezahlt werden.

Das Fournier- und Sägewerk Franke G. m. b. H. in Spandau weigert sich hohnfroh, den Arbeitern den Tariflohn zu bezahlen. Dieser ist für die Sägewerke durch einen am 15. April abgegebenen Schiedspruch des Landestarifamts auf 61 Pf. festgesetzt worden. Die Firma Franke G. m. b. H. zahlte aber nur 55 Pf. Die Arbeiter protestierten dagegen, der Betriebsrat wurde vorstellig, die Gewerkschaft legte sich ins Mittel, aber das alles hatte keinen Erfolg, die Firma wollte sich nicht zur Zahlung des Tariflohnes verstehen. Das Landestarifamt wurde an-gewiesen und entschied, daß die Firma den Tariflohn zu zahlen, und den bisher zu wenig gezahlten Betrag nachträglich zu entrichten habe. Aber die Firma kam der Entscheidung des Tarifamtes nicht nach.

Einige von den Arbeitern klagten nun beim Gewerbe-gericht auf Nachzahlung der Lohndifferenz. In der Klage-beantwortung suchte die Firma ihr tarifwidriges Verhalten damit zu rechtfertigen, daß sie angab, sie zahle den niedrigen Lohn zugunsten der Arbeiter, denn wenn sie den Tarif-lohn zahlen sollte, dann hätte sie die betreffende Arbeit nicht annehmen, und die Arbeiter nicht beschäftigen können. Im übrigen glaubte die Firma, sich auf eine Reichsgerichtsent-scheidung berufen zu können, monach der Tariflohn nicht nach-träglich gefordert werden könne, wenn der Arbeiter den niedrigeren Lohn ohne Protest angenommen habe. Das traf ja nun im vorliegenden Falle gar nicht zu, denn die Arbeiter hatten ja teils selbst, teils durch ihre Vertretung gegen die untertarifliche Entlohnung Einspruch erhoben und auch vom Tarifamt Recht bekommen.

Das Gericht (Kammer 6) verurteilte die Firma zur Zahlung der Lohndifferenz mit der Begründung: Der durch Schiedspruch des Landestarifamtes festgesetzte Lohn sei als eine tarifliche Vereinbarung anzusehen, also nach der Verordnung über das Tarifwesen unabhingbar.

Die Metallarbeiter in Schlesien.

Bei den Delegiertenwahlen zum Metallarbeiterverbandstag in Schlesien wurden 10 437 Stimmen für die Richtung Amsterdam abgegeben, und 2504 Stimmen für die Richtung Posen. Die acht Delegierte für Schlesien sind also Anhänger der Amsterdamer Ge-werkschaftsrichtung.

Der Streik der Hafenarbeiter in Antwerpen ist vollständig. Wahrscheinlich werden auch die Hafenarbeiter in Gent die Arbeit niederlegen. Die Föderation Maritime weigerte sich bisher, mit den Streikenden in Verhandlungen zu treten, bevor die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen worden sei.

Die Ungergrundbahn in New-York wird seit Montag befreit, da die langwierigen Lohnverhandlungen ergebnislos verliefen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gahrman; Nachrichten: Dr. John Schilke; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaert u. Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 2.

Gebt Euren Kindern Sinalco

Die echte Bilzbrause
nahrhaft, erfrischend, bekömmlich,
da aus bestem Zucker und naturreinem
Fruchtaroma hergestellt.

Allerfeinste Naturbutter
1,00 IL Qual. 1,50
IL Qual. 1,40
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34

Gardinen!
Sonderangebote
und
Gediegenheitskate
in
Künstler-
Gardinen... 2,90
Madras-
Gardinen... 4,-
Stores... 2,20
Bettdecken
1 bettig... 4,-
Bettdecken
2 bettig... 8,-
Spezialverpackt.
Neukölln,
Bergstr. 67
am Ringbahnhol
Kein Laden!

Wochenendhäuser
3 x 5 m M. 700,-
Richard Beckers
Schöneberg
General-Pape-Str. 4

Unser **A** **SAISON** **ausverkauf** **3⁹⁰** Beginn 5. Juli

In unserem diesjährigen Ausverkauf bringen wir so billige Angebote wie nie zuvor. Die vielen 1000 Paare rücksichtslos herabgesetzter Herren-, Damen- und Kinderschuhe hier aufzuzählen ist unmöglich. **Unsere 21 Schaufenster sagen Ihnen mehr. Wir müssen unsere Lager räumen.** Außerdem bringen wir große Posten Einzelpaare in Herren- und Damenschuhen zu geradezu lächerlich billigen Preisen, z. B. Damen-Spanglen- und Schnürschuhe, Lack farbig und schwarz.

1⁹⁵ Damen-weiß-Leinenschnürschuhe prima Fabrikat, moderne Form, gute Ledersohlen

5⁹⁰ Orig. Goodyear Welt Damen-Schnürschuhe, braun und schwarz, echt Boxkall und Boxrind, moderne Formen, kleine Größen, gutes Fabrikat

6⁹⁰ Herren-Stiefel und -Halbschuhe echt Boxrind und andere gute Ledersorten, moderne Formen

8⁹⁰ Orig. Goodyear Welt Herrenstiefel, echt Boxkall, 39-42, moderne spitze Form

8⁹⁰ Damen-Luxus-Schuhe Mackcayausführung, Lack, blond, braun und schwarz, mit französischen und Blockabsatz

Schuh-Lokal
Münzstrasse 25 * Schöneberg-Hauptstr. 160
Frankfurter-Allee 54 * Kottbuser-Damm 13